



## **ASIEN/PAKISTAN - Taliban in ganz Asien vereint gegen Malala, doch „ganz Pakistan steht auf ihrer Seite“**

Lahore (Fidesdienst) – Die Schule in Mingora, die das von Taliban bei einem Attentat schwer verletzte 14jährige Mädchen Malala Yousafzai besuchte, musste vorübergehend schließen, nachdem sie „Drohungen erhalten hatte und von den Medien belagert wurde“. Unterdessen erklärte die Talibanbewegung von Süd- und Zentralasien in einer Verlautbarung, der „Mordanschlag auf Malala sei legitim“.

Wie Beobachter aus Pakistan dem Fidesdienst berichten haben radikalislamische Gruppen, darunter Teherik-i-Taliban Pakistan (TTP), Harkat-e-Islami Uzbekistan (HIU) und Al-Sahab, das Attentat auf Malala gerechtfertigt und versucht, die Bedeutung internationale Reaktion gegen das Verbrechen zu schmälern. „Wer die Attentäter in Misskredit bringt, leugnet damit Missbrauch und Morde, die die Regierungen in den USA und Pakistan verüben“, heißt es in der gemeinsamen Verlautbarung. „Malala verdient den Tod, weil sie schlecht über Mudschaheddin redet“, rechtfertigen die Taliban das Attentat, die Malala als „Spion des Westens“ bezeichnen. Das Engagement des Mädchens für das Recht von Frauen auf Bildung wird nicht erwähnt.

P. James Channan vom „Peace Center“ der Dominikaner in Lahore, der sich aktiv für interreligiösen Dialog einsetzt, kommentiert im Gespräch mit dem Fidesdienst: „Angesichts solcher Erklärungen der Taliban muss betont werden, dass ganz Pakistan auf der Seite von Malala steht. Ich glaube, dass diese Episode das Gewissen vieler wachgerüttelt hat und ein neues Bewusstsein entstanden ist. Heute lehnen die Zivilgesellschaft, Politiker und Medien die Talibanisierung des Landes ab. Es ist eine ablehnende Einstellung gegen Taliban entstanden“.

P. James betont: „Im Land gibt es überall Kundgebungen und Veranstaltungen für Malala. Jeden Tag gehen Schüler, Anwälte und Frauengruppen auf die Straße und es finden zahlreiche interreligiöse Treffen statt. Alle fordern ein Pakistan, in dem das Recht auf Bildung, Gleichberechtigung und ein würdiges Leben für jeden Bürger gewährleistet ist.“ (PA) (Fidesdienst, 18/10/2012)